

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 62 (1968)

Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : Wendung in Vietnam und in den USA? ; Eroberte Tschechoslowakei ; Zweierlei Sozialismus ; Frankreich und die Revolution ; Eine versäumte Gelegenheit ; Sturmzeichen im Nahen Osten

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141486>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

mische Ursachen haben, die weiter bestehen und weiter wirken, wie die Ursachen von Hunger und Krieg in Asien und Lateinamerika. Das Leid in Nigeria kann letztlich nur durch die innere und äussere Befreiung von den Kräften der Unterdrückung, von Feudalherren und Bundesgenossen des Kolonialismus im Innern und von den Fesseln jeder neokolonialen Abhängigkeit nach aussen beendet werden. Eine Spaltung Nigerias bringt keine Lösung, sondern erhöht die Abhängigkeit seiner geschwächten Teile. Die Einheit des Landes ist dagegen seit je das Konzept der antikolonialistischen und fortschrittlichen Kräfte Nigerias. Im Innern braucht das Land die gegenseitige Toleranz seiner vielen Völker, die aufeinander angewiesen sind. Nach aussen braucht es endlich wirkliche Unabhängigkeit von denen, die es bis in einen Bürgerkrieg getrieben haben. Nigerias Völker sind heute auf Hilfe angewiesen, auf den Rat und die Vermittlung aller fortschrittlichen und antikolonialistischen Kräfte der Welt, besonders ihrer afrikanischen Nachbarn. Die eigentliche Lösung allerdings, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, kann nur das Ergebnis des demokratischen Kampfes der nigerianischen Völker selbst sein.

WELTRUND SCHAU

Wendung in Vietnam und in den USA? Zwei Ereignisse von Weltbedeutung kennzeichnen den Berichtsmonat, ein erfreuliches und verheissungsvolles und ein unerfreuliches, eher Unheil verkündendes: Der bald abtretende amerikanische Präsident Johnson hat endlich, endlich die vollständige *Einstellung des Bombenkriegs gegen Nordvietnam* befohlen, und zu seinem Nachfolger ist sein Parteigegner *Richard Nixon gewählt* worden, von dessen Haltung es zum grossen Teil abhängt, ob in Vietnam innert kurzem nun doch Frieden wird, oder ob die Schlächterei auf unabsehbare Zeit weitergeht, bis die Amerikaner Vietnam – und dann vielleicht ganz Südostasien – räumen müssen.

Nixons Wahlsieg ist knapper ausgefallen, als nach Lage der Dinge angenommen werden konnte. Und wenn sein Gegner, Vizepräsident Humphrey, eine stärkere Persönlichkeit gewesen wäre, so wäre Nixon in seinem verzweifelten Drang nach der Präsidentschaft ein zweites Mal unterlegen. Humphrey ist sicher ein ausnehmend sauberer und anständiger Mensch und Politiker; aber besonders seit er Vizepräsident geworden, war er immer mehr unter den Einfluss des viel robusteren Johnson geraten, hatte seine liberalen und sozialfortschrittlichen Ideale mehr und mehr abgetan und war besonders auch eine Hauptstütze der unseligen Vietnampolitik des Präsidenten geworden. Das hat er jetzt büßen müssen. Nixon hat als der gerissene Demagogue, der er ist, die Schwächen Humphreys rücksichtslos ausgenützt und hat es darüber hinaus verstanden, eine starke Stimmungswelle im ame-

rikanischen Volk, das weithin einen Wechsel in der Staatsführung wünschte, auf seine Mühle zu lenken.

Ob er aber damit die Erwartungen erfüllen wird, die sich an sein Auftreten als Kritiker der alten Regierung und politischer Neuerer knüpfen, bleibt mehr als fraglich. Es sieht eher aus, als werde Nixon die Vereinigten Staaten in eine schwere nationale Krise hineinführen, deren Bewältigung über seine Kräfte gehen wird. Nixons ganze Vergangenheit scheint ihn dazu vorauszubestimmen. Ueber seinen Aufstieg als Politiker kann man zwar schweigen; die Mittel, zu denen er – auch ganz buchstäblich genommen – griff, sind in den USA fast normales Zubehör junger, strebsamer Parteimänner. Aber auch seine späteren «staatsmännischen» Leistungen sind unzweifelhaft höchst bedenklicher Art. Nixon ist ein typischer Rechtskonservativer und Vertrauensmann der reaktionären Geschäftswelt. Als reinrassiger Antikommunist, negerfeindlicher Draufgänger und kurzsichtiger Verteidiger der herrschenden Ordnungen ist er wenig geeignet, die Ansätze zur Gewährleistung umfassender Bürgerrechte für die schwarze Minderheit und zu einem durchgreifenden Kampf gegen die Armut, die Johnsons Regierung immerhin aufwies, folgerecht zu entwickeln. Sein mutmasslicher Vizepräsident gilt sogar ziemlich allgemein als «politischer Neandertaler» mit brutalsten Trieben und vollendetem Unkenntnis in verwickelteren politischen und wirtschaftlichen Dingen. Und von Nixon selbst befürchtet man vielfach, er werde eine Wirtschafts- und Finanzpolitik befolgen, die die Lebenshaltung des einfachen Volkes nur erschweren und verteuern und die Arbeitslosigkeit, besonders unter den jungen Negern, steigern werde.

Wie der künftige Präsident das *Vietnamproblem* anpacken wird, weiß kein Mensch richtig, hat er sich doch in seinen Wahlreden aller bestimmten Äusserungen darüber vorsichtig enthalten. Dass er aber «weicher» sei als Johnson, glaubt auch niemand. Und doch kommt es jetzt sehr darauf an, wie er Johnson beraten wird, der sicher nicht ohne Nixons Einverständnis in die bevorstehenden wirklichen Friedensverhandlungen hineingehen wird. Im Augenblick sieht es ja so aus, als mache die Weigerung der südvietnamesischen Regierung, den Vietkong als Gesprächspartner bei den Pariser Verhandlungen anzuerkennen, und die Entschlossenheit Nordvietnams, den Krieg gegen den amerikanischen Eindringling «bis zum letzten Blutstropfen» weiterzuführen, aussichtsreiche Friedensgespräche vorderhand überhaupt unmöglich. Und selbst wenn schliesslich in Saigon die Angst vor einer kommenden Entwicklung Südvietnams nach links geringer werden und auch Hanoi mit sich reden lassen sollte, wird es grösster Geduld, Nüchternheit und Opferbereitschaft auf Seiten der Vereinigten Staaten bedürfen, um ohne monatelange, nutzlose Kriegsverschleppung zu einem für Washington annehmbaren Friedensvertrag zu kommen. Wird die neue, von Nixon zu ernennende Regierung diese Eigenschaften aufbringen? Oder wird sie sich nicht erst recht auf die «Weltmission» der Vereinigten Staaten im Kampf gegen die soziale Revolution versteifen und so die Asienpolitik der USA, ja ihre gesamte Aussenpolitik, einem regelrechten Zusammenbruch entgegenführen?

Zwei Tage nach der amerikanischen «Volksbefragung» ist es natürlich ganz unmöglich, mit einiger Sicherheit die Wirkungen abzuschätzen, die der Entscheid der Mehrheit von «Gottes eigener Nation» auf die Geschicke der Vereinigten Staaten und der übrigen Welt haben wird. Aber ich gestehe, dass ich zu denen gehöre, die von der Wahl Nixons nichts Gutes erwarten. Der ganze Weg, den die Vereinigten Staaten nun schon seit langem gehen, ist für mein Urteil ein Fehlweg. Und Nixon scheint gerade der rechte Mann zu sein, der diesen Weg bis zum bitteren Ende fortsetzen will, statt entschlossen umzukehren, solange es noch einigermassen Zeit dazu ist.

Eroberte Tschechoslowakei Die Wendung im Vietnamkrieg im Zusammenhang mit der ferneren Entwicklung der amerikanischen Aussen- und Innenpolitik überhaupt hat die Aufmerksamkeit der Welt etwas von der Teilnahme am *Schicksal der Tschechoslowakei* abgelenkt. Lassen wir uns aber dennoch die Anteilnahme an diesem wahrhaft tragischen Geschick nicht beeinträchtigen – tragisch darum, weil der «Held» des Trauerspiels keineswegs ohne Schuld dasteht.

Fassen wir zunächst die Tatsachen über die neue Lage der CSSR klar und nüchtern ins Auge. Sie sind eindeutig genug. Die Tschechoslowakei ist mehr als jemals vorher ein erobertes Untertanenland der Sowjetunion geworden. Die Staats- und Parteiführerschaft hat sich – mit rühmlichen Ausnahmen – damit abgefunden, dass auf unbegrenzte Zeit hinaus sowjetische Truppen in der CSSR stehen bleiben und die beherrschenden strategischen Stellungen besetzt halten. Die Zeitungen, samt Radio und Fernsehen, sind wirkungsvoll geknebelt. Die mehr oder weniger unauffällige Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens, besonders natürlich des Staats- und Parteiapparats, mit ergebenen Kreaturen Moskaus vollzieht sich höchst plangemäss. Die berüchtigte «Normalisierung der Lage» schreitet unaufhaltsam fort. Das Reformprogramm musste preisgegeben und durch «zeitgemässe» Richtlinien ersetzt werden. Noch ist die Gleichschaltung der CSSR mit der Sowjetunion und ihren Satelliten nicht hundertprozentig erreicht und lässt nicht zuletzt das von Moskau gewünschte glaubhafte Bekennen vermissen, dass die halbe Million Russen, Polen, Ostdeutsche usw., die am 21. August eingerückt sind, der Tschechoslowakei nur eine selbstlose «brüderliche Hilfe» im Kampf gegen die von innen und aussen anstürmende kapitalistische Gegenrevolution gebracht habe. Inzwischen geben sich immerhin die Partei- und Staatsführer alle erdenkliche Mühe, die wahre Lage vor dem Volk zu beschönigen, zu verharmlosen, zu verschleiern und den Eroberern nach dem Mund zu reden. Mag ihnen das noch nicht ganz gelingen, so können die Russen mit dem Erreichten im ganzen doch zufrieden sein. Mit Gretchen im «Faust» dürfen die tschechoslowakischen Führer wirklich sagen: «Ich habe schon so viel für dich getan, dass mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.» Ob die Russen vor diesen Führern, die die Knute noch küssen, mit denen man sie schlägt, besonders hohe Achtung haben, bleibe dahingestellt. Ich für meinen Teil bin überzeugt, dass die altbekannte Politik des «kleineren Übels», das die Unterwerfung angeblich

sein soll, auch in diesem Fall verkehrt ist. Lieber eine offene sowjetische Militärdiktatur, wenn auch vielleicht mit «Kollaborateuren», als dieses Liebedienern vor den Eroberern! Das schüfe doch wenigstens Klarheit und Wahrheit, und in dieser sauberen Luft würde trotz vorübergehenden Leiden der Freiheitswille unvergleichlich kraftvoller wachsen und gedeihen als in dem stickigen Kapitulationsklima, das den Geist des sittlichen Widerstandes langsam, aber sicher abtötet. In welch bedrückender Art und Weise musste doch das Jubiläum des fünfzigjährigen Bestandes der freien Tschechoslowakei gefeiert werden! Hätte sich der Freiheitsgeist im Volk, und besonders in der Jugend, trotz allen Beschwichtigungsreden der Führer da und dort nicht doch Luft gemacht – man könnte wahrlich an der inneren Gesundheit der tschechoslowakischen Nation zweifeln.

Ein ermutigendes Zeichen bleibt immerhin zu vermerken: die Erhebung der Slowakei zur Staatsnation, die mit der Tschechei gleichen Rechtes ist und mit ihr zusammen den neuen Bundesstaat bildet. Aus einem schwer unterentwickelten Gebiet, dessen Kinder massenhaft zur Auswanderung gezwungen waren, ist der Slowakei wirtschaftlich und geistig schon lange ein modernes, eindrucksvoll industrialisiertes Land geworden, wie jeder feststellen muss, der es kennengelernt hat. Nun ist sie also auch politisch mündig geworden und wird die Minderwertigkeitsgefühle verlieren, unter denen sie gelitten hatte und die der Gesamtrepublik nur Schaden gebracht haben. Der Zusammenhalt der Tschechoslowakei ist dadurch ohne Zweifel gefestigt worden, was für einen künftigen Unabhängigkeitskampf nach aussen nur förderlich sein kann. Dass die Sowjetunion dennoch und auch trotz dem «schlechten» Beispiel, das die sich selbst regierende Slowakei für die vielen Einzelnationalitäten des Moskauer Zentralreiches darstellt, der Föderalisierung der Tschechoslowakei zugestimmt hat, ist eigentlich merkwürdig; vielleicht hofft man aber im Kreml, eine in aller Form zweigeteilte Tschechoslowakei doch besser regieren zu können als einen Einheitsstaat, in dem die unzuverlässigen Tschechen den Ton angeben. Teile und herrsche!

Zweierlei Sozialismus

Die gewaltsame Wiedereingliederung der Tschechoslowakei in das von Moskau aus straff zentralistisch regierte kommunistische Weltreich ist trotz allem gegenwärtigen Anschein freilich, an geschichtlichen Zeiträumen gemessen, nur ein kurzfristiger Vorgang. Der Gegensatz Sowjetunion – Tschechoslowakei ist eben bei weitem nicht nur ein Ergebnis des kalten Krieges zwischen West- und Ostblock. Und man soll deshalb nicht mit der Formel «Die Blockpolitik ist schuld» die Sowjetunion zu entlasten suchen, wie das jetzt vielfach geschieht. Hinter diesem Gegensatz steht, wie hier von Anfang an ausgesprochen wurde, entscheidend die Unvereinbarkeit zweier ganz entgegengesetzter Auffassungen vom Sozialismus und von der Art und Weise, wie er verwirklicht werden soll. Es ist ein tiefer *geistiger* Konflikt, der da wieder einmal entbrannt ist, und das heisst, dass der Versuch, ihn mit Gewaltmitteln schlimmster Art zu lösen, gänzlich kurzsichtig und widersinnig ist. Wogegen sich die sogenannte Reformbewegung in der Tschechoslowakei

aufgelehnt hat, das ist die Vorstellung und die daraus folgende Handlungsweise, dass der Sozialismus einer widerstrebenden Volksmehrheit mit politischen Gewaltmitteln und mit einer militärisch organisierten Revolutionspartei aufgezwungen werden könne. Diese Revolutionsstrategie konnte in Russland unter den Verhältnissen, wie sie gegen Ende des Ersten Weltkrieges bestanden, tatsächlich Erfolg haben, wenn auch die Opfer, die sie kostete, entsetzlich waren. In Mittel- und Westeuropa ist sie auf die Länge zum Scheitern verurteilt. Sie wird aber trotz allen bitteren Erfahrungen, die damit gemacht wurden, theoretisch auch heute noch weiterum in der kommunistischen Welt des Westens festgehalten und wurde seinerzeit auch den sozialistischen Parteien von Moskau her aufzuerlegen versucht. Die 21 Bedingungen, die im Sommer 1920 der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz für ihren Beitritt zur Dritten Internationale unterbreitet wurden, sind ein sprechendes Beispiel dafür. Paul Schmid-Ammann erinnert in seinem ausgezeichneten Buch über den Generalstreik vom November 1918 recht zeitgemäß daran: «Lenin duldet in seiner kommunistischen Internationale keine parteiinterne Demokratie und keine Opposition... Wer in die Dritte Internationale aufgenommen werden sollte, hatte in der Arbeiterschaft und in der Parteimitgliedschaft systematisch den ‚Sozialpatriotismus‘ und den ‚Sozialpazifismus‘ zu entlarven, vollständig mit der Politik der Reformisten und Zentristen zu brechen und deren Anhänger aus allen Stellungen in der Partei, in den Gewerkschaften, in der Arbeiterpresse und in den Parlamentsfraktionen zu entfernen. ... Wer die kommunistischen Leitsätze ablehne, sei aus der Partei auszuschliessen. Als wichtige internationale Verpflichtung wurde schliesslich gefordert, dass die Landesparteien der Dritten Internationale ‚einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand leiste‘.» Ist es nicht, als hörten wir die gleiche Sprache und die gleichen Forderungen auch wieder in den Erklärungen der sowjetischen Führer und ihrer Presse gegenüber der Tschechoslowakei und ihren «Konterrevolutionären»?

Das Groteske an der Sache ist nur, dass heute von einem revolutionär-sozialistischen Kampf der Sowjetunion und ihrer Gefolgstaaten im Weltmassstab keine Rede mehr sein kann, dass sozialistischer Geist und Wille hundertfach lebendiger in der Tschechoslowakei zu finden war und dass vorab die sowjetische Gesamtpolitik mehr und mehr auf ganz andere Ziele als die Verwirklichung einer sozialistischen Ordnung ausgerichtet wurde: innenpolitisch auf die Erhaltung der Machtstellung einer büro- und technokratischen (natürlich auch militärischen) Oberschicht und aussenpolitisch auf die Erhaltung und Sicherheit der Machtstellung der Sowjetunion im internationalen Wettkampf und diplomatischen Getriebe. Der Zweite Weltkrieg mit seinen ungeheuren Opfern für die Sowjetvölker war im Sinn der zweiten, der aussenpolitischen Zielrichtung ein besonders machtvoller Antrieb. Mit seiner primitiven Denkweise machte es Stalin dem jugoslawischen Führer Tito im April 1945 ganz brutal deutlich: «Dieser Krieg ist nicht das Gleiche wie die Kriege der Vergangenheit. Jeder, der ein Gebiet besetzt, zwingt ihm sein eigenes System auf. Jeder zwingt sein eigenes

System soweit auf, als seine Armee vorrücken kann. Es könnte gar nicht anders sein.»

Auf Grund dieses schlichten Lehrsatzes versuchte Stalin nach Persien und der Türkei vorzustossen, traf aber auf den Widerstand der Westmächte. Deutschland gegenüber musste er sich mit der Schaffung einer von der Sowjetunion abhängigen kommunistischen Republik östlich der Elbe begnügen. Ein System von weiteren Volksrepubliken kommunistischen Charakters sollte die Westgrenzen der Sowjetunion vor einem neuerdings ausbrechenden deutschen (und amerikanischen!) «Drang nach Osten» schützen. Wer irgendwie Miene machte, sich aus diesem Schutzbügel zu lösen, der wurde hart angefasst. Jugoslawien, Ungarn, Rumänien und jetzt die Tschechoslowakei (bei der die Gefahr eines Übergangs ins Westlager überhaupt nicht ernsthaft bestand) können einiges davon erzählen. Nationale Souveränität und Selbstbestimmung gibt es für die Mitgliedstaaten des Warschaupaktes nach sowjetischer Auffassung überhaupt nicht. Alles, was in ihrem Bereich geschieht, wird dem Ziel der Erhaltung des Sowjetimperiums in seiner heutigen Gestalt untergeordnet. Von sozialistischer Zielsetzung kann bei der Außenpolitik der Sowjetunion längst keine Rede mehr sein; reine Grossmachtpolitik ist – anders als noch unter Lenin und gar Trotzky – Trumpf geworden, doppelt, seitdem die friedliche Koexistenz mit der Vormacht des Weltkapitalismus, den Vereinigten Staaten, und die Vermeidung jedes sozialrevolutionären Abenteuers für die Leiter der sowjetischen Außenpolitik ein oberster Grundsatz geworden ist.*

Innenpolitisch aber – um es zu wiederholen – treibt der Selbsterhaltungswille der regierenden Oberschicht zur rücksichtslosen Niederschlagung aller Versuche, in einem Mitgliedstaat des Warschaupaktes einen *neuen* Sozialismus durchzusetzen, dessen Übergreifen auf die Bundesgenossen und vor allem die sowjetische Führungsmacht den ganzen gesellschaftlich-politischen Aufbau dieser Länder erschüttern könnte. Was sich die tschechoslowakischen Reformer in dieser Beziehung herausnahmen, war darum für die Moskauer Führungsgruppe schlechterdings unerträglich. Es war die Todsünde gegen den Geist der auf Lenin (und trotz allem erst recht auf Stalin) gegründeten unfehlbaren kommunistischen Weltkirche. Wie das revolutionäre, aber nicht erreichbare China, so traf der Bannstrahl aus Moskau auch eine Tschechoslowakei, die über Nacht militärisch besetzt und – mit etwälcher Mühe zwar – zum rechten Glauben zurückgeführt werden konnte.

Dass die Führer der Tschechoslowakei so bestürzend schnell auf die ihnen von Moskau vorgeschriebene Linie eingeschwungen sind, erklärt sich natürlich nicht zuletzt dadurch, dass sie sich eben selber immer als «Leni-

* Im «Zeitdienst» (Nr. 41) weist Martin Schwander mit Recht darauf hin, dass die jüngste Annäherung der Sowjetunion an Persien eine verhängnisvolle innenpolitische Wirkung im Reich des Schahs gehabt hat: «Die Kommunistische Partei Persiens hat ganz auf den Ton Moskaus eingeschwungen, und von revolutionären Kampfslogans ist in dem Informationsbulletin (des iranischen Auslanddienstes) nicht mehr die Rede. In keinem Satz wird der Schah von Persien und seine Gesellschaftsordnung mehr angegriffen! Die revolutionäre Volksbewegung im persischen Machtbereich ist somit vielleicht auf Jahre zurückgefallen.»

nisten» bekannt haben, also die «führende Rolle der Kommunistischen Partei» im Kampf gegen die Konterrevolution und die führende Rolle der Sowjetunion innerhalb der «Gemeinschaft der sozialistischen Staaten» (Warschaupakt, Comecon usw.) grundsätzlich anerkennen. Darin liegt, wie wir schon früher betont haben, ein offenkundiger Widerspruch zum Geist der Freiheitsbewegung, die im tschechoslowakischen Volk und in der Kommunistischen Partei selber durchgebrochen war. Die Russen haben diesen Widerspruch auf *ihre* Art gelöst: durch Unterdrückung der Äusserungen des Freiheitsgeistes. Aber die Zeit wird kommen, da der Widerspruch anders herum und damit wirklich aufgehoben werden muss: durch Preisgabe der leninistischen Kampfführung, Verzicht auf Diktatur der Kommunistischen Partei – das heisst die Diktatur der jeweils in der Partei herrschenden Gruppen und Richtung – und durch Gewinnung des notwendigen Masses von selbsttätiger Entscheidung der einzelnen Völker im Suchen nach dem ihnen angemessenen Weg zum Sozialismus. Die grosse Aufgabe, vor die Europa (und mehr als Europa) gestellt ist, die Verbindung von Freiheit und Gemeinschaft, bleibt eben nach wie vor bestehen, ja wird nur immer dringlicher. Der Tschechoslowakei fällt dabei eine besondere Verantwortlichkeit zu, ist sie doch durch Natur und Geschichte mehr als andere Länder berufen, einen Sozialismus zu begründen, der die sittlich verankerte Demokratie auch auf die Wirtschaftsverfassung ausdehnt und nach beiden Seiten hin, nach Ost wie nach West, vorbildlich vermittelnd und ausgleichend zu wirken vermag.*

Inzwischen wird der Westen im Geiste dieses Ausgleichs den Kampf der Tschechoslowakei wachen Auges in jeder Hinsicht unterstützen und in seinem eigenen Bereich zu einem freiheitlich ausgerichteten Sozialismus vorstossen müssen. Aber auch der Osten wird, wenn es ihm mit einem friedlichen Zusammenleben mit dem Westen über die gröbsten Formen einer fragwürdigen «Koexistenzpolitik» hinaus Ernst ist, die ihm gestellte Aufgabe anpacken müssen. Er wird von der schweren Verwirrung und Verzerrung, in die sein Kampf um den Sozialismus gefallen ist, zurückkommen und erkennen müssen, dass Sozialismus nur als Verwirklichung eines sittlichen Ideals, und das heisst in enger Verbindung mit persönlicher und politischer Freiheit, möglich ist. So wie ohne die Sünden des Kapitalismus mit seinem verfälschten Freiheitsbegriff kein Gewaltkommunismus aufgekommen wäre (wobei die christlichen Kirchen eine Hauptverantwortung trifft), so stärkt sich die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft des Westens immer wieder an dem Zerrbild von Sozialismus, das der Osten so vielfach bietet. Möge jeder Teil – der Westen wie der Osten – in seinem eigenen Bereich die innere Harmonie von Demokratie und Sozialismus erkennen und verwirklichen – dann wird auch die äussere Einheit Europas, ja der Welt folgen und die Zeit der sich belauernden und gegeneinander abschirmenden Machtblöcke endgültig hinter der Menschheit liegen!

* Vgl. dazu den Aufsatz im Oktoberheft der «Neuen Wege» zum West-Ost-Problem.

Frankreich und die Revolution

In Frankreich beginnen inzwischen einige Früchte der Mai-revolution zu reifen. Erstaunlicherweise, könnte man sagen; denn die Revolution ist ja nicht nur stecken geblieben, genauer: von der Kommunistischen Partei und ihrer Gewerkschaftsorganisation bewusst verhindert worden; sie ist von General de Gaulle aufs geschickteste in einen Triumph der Kräfte verwandelt worden, die die bestehende Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aufrechtzuerhalten entschlossen sind. Und doch ist mindestens *eine* Hauptforderung der Revoluzzer ihrer Erfüllung nahegebracht worden: die *Hochschulreform*. Beide Häuser des Parlaments haben sozusagen einstimmig die vom Erziehungsminister Edgar Faure ausgearbeitete und von Präsident de Gaulle aufs nachdrücklichste unterstützte Vorlage über die Umgestaltung der französischen Hochschulen gutgeheissen. Das ist ein wirkliches Ereignis im öffentlichen Leben Frankreichs, zumal wenn man die unglaubliche Rückständigkeit des bisherigen Hochschulbetriebs in unserem westlichen Nachbarland berücksichtigt. Die französischen Universitäten werden in Zukunft eine weitgehende Selbständigkeit geniessen, sowohl in bezug auf ihre Finanzgebarung und Verwaltung wie in bezug auf die Lehr- und Lernmethoden, die Prüfungen, die Aufrechterhaltung der Ordnung und teilweise auch die politische Betätigung der Studenten. Unter anderem wird die Sicherung des ordnungsmässigen Hochschulbetriebes, statt wie bisher dem Rektor, nun Universitätspräsidenten anvertraut, die von Professoren und Studenten, mit Zuzug hervorragender aussenstehender Persönlichkeiten, gewählt werden. Eine derartige Befreiung von überholten inneren Betriebseinrichtungen wie von der zentralisierten Pariser Bürokratie ist etwas ebenso Unerhörtes wie die ausserordentliche Steigerung der staatlichen Ausgaben für das Hochschulwesen, sollen doch unter anderem um Paris herum zehn neue Studienzentren geschaffen werden zur Aufnahme der 35 000 neuen Studenten und Studentinnen, die man jetzt erwartet.

Ob alle Hoffnungen erfüllt werden, die an diese Reform geknüpft werden, steht dahin; die Studenten selbst scheinen durch die beschlossenen Neuerungen keineswegs recht befriedigt zu sein. Auf jeden Fall aber hat sich in Frankreich die Erkenntnis durchzusetzen begonnen, dass den Bildungseinrichtungen und vorab dem Hochschulwesen in der modernen Gesellschaft eine vielleicht ausschlaggebende Bedeutung zukommt, und dass der Geist und die Formen des Universitätsbetriebs für den Geist und die Formen des ganzen gesellschaftlichen Aufbaus kennzeichnend sind. Was für ein Geist die französischen Hochschulen und damit die französische Gesellschaft künftig beherrschen wird, ein fortschrittlicher oder konservativer, ein sozialistischer oder ein bürgerlich-kapitalistischer, darauf kommt nun freilich alles an. Bis jetzt ist von einem Durchbruch fortschrittlichen Geistes in Frankreich wenig genug zu merken. De Gaulle hat seine Stellung dank seinem Wahlsieg ganz offenkundig verstärkt. Aber man kann mit Paul Johnson (*«New Statesman»* 18. Oktober) finden, dass damit nicht auch sein politisches System an Kraft gewonnen hat. «In Wirklichkeit», so schreibt Johnson, «hat die Revolution den Gaullismus getötet. Dieser war auf Volkszustimmung gegründet und

wurde durch Selbstvertrauen, nicht durch Bajonette, aufrechterhalten. Im Mai sind Volksstimmung und Selbstvertrauen hoffnungslos erschüttert worden. De Gaulle leitet jetzt ein herkömmliches autoritäres Regime der Rechten, das offen durch den förmlichen Apparat eines Polizeistaates an der Macht gehalten wird. Es hat keine Zukunft, kann keine Nachkommenschaft haben.» Auch aussenpolitisch steht de Gaulles Regiment auf schwachen Füßen. Nicht zuletzt ist es dem Präsidenten-General nicht gelungen, das Währungssystem der Vereinigten Staaten zu erschüttern – eines der Hauptziele, die er verfolgte. Und wie lang sich Frankreich dem von Amerika beherrschten Westblock fernhalten kann, wenn einmal de Gaulle verschwindet, bleibt zweifelhaft.

Das ändert freilich nichts daran, dass die französische Linke gegenwärtig so ratlos und uneinig ist wie nur je. Ihr nichtkommunistischer Flügel – Sozialdemokraten, Bürgerlichradikale und Republikanische «Klubs» – ist tatsächlich auseinandergefallen. Die Kommunisten aber, die in der Nationalversammlung von 73 Sitzen noch 33 gerettet haben, leiden nicht nur unter dem sowjetisch-tschechoslowakischen Konflikt, sondern noch mehr unter ihrem Versagen als revolutionäre Kraft während der Maiereignisse. Können sie überhaupt noch irgendwie als revolutionär angesprochen werden? Ernstzunehmende Anhänger einer Gewaltrevolution im Sinne von Lenins Umsturzlehre und -praxis sind sie auf keinen Fall mehr. Und mit Recht. Zutreffend stellt Professor Maurice Duverger im «Nouvel Observateur» (Nr. 206) fest: «In den entwickelten Nationen wird die Revolution (gemeint ist hier nur der Sturz des kapitalistischen Regimes durch einen bewaffneten Aufstand. H. K.) unmöglich, es sei denn im Fall einer sehr schweren Wirtschaftskrise, die die eigentlichen Grundlagen der Verbrauchsgesellschaft auf den Kopf stellt, einer Krise, die in naher Zukunft unwahrscheinlich ist. Die Revolution bleibt immer noch eine Strategie, die in Asien, in Afrika, in Lateinamerika gültig ist; in den Vereinigten Staaten oder in Westeuropa ist sie es nicht mehr.» Die Unterdrückungsmacht des bürgerlich-kapitalistischen Staates mit seinem Militär- und Polizeiapparat, so findet auch Duverger, sei derart gross geworden, dass eine revolutionäre Kampfführung, wie sie im Zarenreich Erfolg hatte, in Westeuropa und Nordamerika heute gänzlich aussichtslos sei. Dies um so mehr, als es den Arbeitern und Angestellten jetzt viel zu gut gehe, als dass sie die Entbehrungen einer längeren Umsturzzeit zu ertragen bereit wären. Auch hätten die Gegner des Kapitalismus ein völlig verschwommenes und keineswegs besonders anziehendes Bild von einer sozialistischen Gesellschaft, die den technischen Lebensbedingungen einer modernen Industrienation entsprechen könnte.

Eine versäumte Gelegenheit Das alles ist ganz richtig. Es zwingt aber trotzdem nicht zu dem von Duverger gezogenen Schluss, dass der Linken unter den gegenwärtigen Umständen nichts anderes übrig bleibe als «Einzelreformen vorzuschlagen, um die Ungerechtigkeiten der bestehenden Gesellschaft zu verbessern». Und es

rechtfertigt noch weniger die Behauptung der französischen Kommunisten (und ihrer Gesinnungsgegenossen im Ausland), dass in Frankreich Ende Mai 1968 überhaupt keine revolutionäre Lage bestanden habe, die einen Erfolg der Aufstandsbewegung möglich gemacht hätte. Die Führung der KP hat vielmehr selbst alles getan, um einen solchen Erfolg zu verhindern – das ist offenkundige Tatsache. Duverger gibt selber zu, dass ein Sturz des Gaullismus, mit wohlwollender Neutralität von Militär und Polizei, durchaus im Bereich des Möglichen gelegen habe, und dass nur der Versuch, die Ereignisse bis zur Aufrichtung eines wirklich sozialistischen Regimes weiterzutreiben, auf den erbitterten, bewaffneten Widerstand der Nutzniesser und Mitläufer der herrschenden Ordnung gestossen wäre. Aber auch das erscheint mehr als zweifelhaft. Alles, was wir über die Lage Ende Mai wissen, legt die Annahme nahe, dass beim Vorhandensein eines entsprechend entschlossenen Willens bei den Führern der Linken ein Vorstoss in der Richtung auf eine sozialistische Neuordnung von Staat und Gesellschaft durchaus gute Aussichten auf Erfolg gehabt hätte. Der Bund zwischen der radikalen Studentenbewegung und den neun Millionen streikender Arbeiter und Angestellten hätte geschlossen werden können; die Fabrikbesetzungen hätten planmässig organisiert und für eine geordnete Gütererzeugung ausgenutzt werden können; mit den rebellierenden Bauern und Kleinbürgern wäre eine Zusammenarbeit möglich gewesen; bei der tiefen Erschütterung des alten Verwaltungsapparats und der zweifelhaften Regimetreue von Polizei und Armee wäre dann eine Gegenrevolution vermutlich doch nicht durchgedrungen. Kurz, das bestehende Regime hatte sich als derart verwundbar erwiesen, dass es nichts Phantastisches an sich hatte, sich einen Umschwung vorzustellen, der über den blossen Sturz des Gaullismus hinaus in der Richtung einer eigentlichen sozialen Neuordnung geführt hätte.

Dass es nicht dazu kam, liegt in erster Linie an der Unwilligkeit der Linksparteien und besonders der Kommunisten, im Ernst den Grund zu einer sozialistischen Neugestaltung der Wirtschaft und des Staates zu legen. Es fehlte und fehlt ihnen dazu vollkommen der Wille, und darum hatten sie auch wenig oder nichts getan, um die Volksmehrheit auf eine solche Möglichkeit vorzubereiten und sie von langer Hand in sozialistischem Geist zu erziehen. *Einen* Grund dafür sieht die sozialistische «Monthly Review» (Neuyork, Septemberheft) darin, dass «keine Massenpartei, die auf die Arbeit im Rahmen der bürgerlichen Einrichtungen hin organisiert ist, revolutionär sein kann». Sobald sich eine solche Partei neben den anderen Parteien und politischen Kräften und im Wettbewerb mit ihnen auf die allmähliche Einsickerung in die bestehenden Ordnungen, in die Behörden, den Verwaltungsapparat, das Wirtschaftsleben usw. einlasse, werde sie an der grundsätzlichen Erhaltung dieses ganzen Systems interessiert und verliere den Willen, im Ernst ein grundsätzlich neues, ein sozialistisches Gesellschaftssystem aufzurichten. Durch tausend Fäden sei sie so eng mit dem Bestehenden verbunden, dass ihre Fähigkeit, etwas radikal Neues zu wollen, zunehmend gelähmt werde und sie für eine sozialistische Revolution (die, wie gesagt, nicht das Gleiche ist wie die Eroberung der Staatsmacht durch

eine militärisch aufgezogene und gedrillte Minderheit) einfach verloren sei. So ungefähr die genannte sozialistische Zeitschrift.

Auch daran ist viel Wahres. Nur würde es lange nicht genügen, ja tatsächlich unmöglich sein, eine soziale Volksbewegung ins Leben zu rufen, die sich einfach der Arbeit im Rahmen der kapitalistischen Einrichtungen enthielte. Entscheidend ist, dass der Gedanke des Sozialismus vor allem einmal tiefe Wurzeln in Kopf und Herz der wirtschaftlich abhängigen Klassen, in ihrem ganzen Leben und Tun fasst, genährt aus den besten und stärksten sittlichen Kräften. *Darauf* müsste alle Erziehungs- und Organisationsarbeit in erster Linie gerichtet sein. Dann ergäben sich von selbst Möglichkeiten und Unmöglichkeiten der Betätigung in den bürgerlich-kapitalistischen Einrichtungen; es ergäbe sich beispielsweise die Notwendigkeit, den Militärrüstungen jede Zustimmung zu versagen, anderseits aber auf freiwilligem Boden sozialistische Lebens- und Wirtschaftsformen aufzubauen, die den kapitalistischen Gebilden und Betriebsformen überlegen wären, wobei namentlich auch an genossenschaftliche Produktions- und Austauschformen zu denken wäre, deren gewaltige Möglichkeiten für die Überwindung der Profitwirtschaft von ferne nicht erschöpft sind.

Aber es ist ja hier nicht der Ort, diese Gedanken weiter zu entwickeln. Es sollte nur angedeutet werden, wie sich sozialistischer Geist und sozialistisches Leben neben und gegen die bürgerlichen Denk- und Tätigkeitsformen stellen kann bis hin zu einem Punkt, da es dann um den entscheidenden Durchbruch zu einer grundsätzlich neuen Ordnung ginge. Weil in Frankreich – wie fast überall – nicht auf dieser Linie gearbeitet wurde und sich dann doch eine Lage ergab, die die tiefe Verderbtheit und Verfaultheit der bürgerlich-kapitalistischen «Ordnungen» offenbarte, waren die Führer einer Bewegung, die sich sozialistisch und revolutionär hiess, ohne es wahrhaft zu sein, gar nicht imstande, die sich bietenden gewaltigen Möglichkeiten zu einem wenn auch nur begrenzten Vorstoss in Richtung Sozialismus auszunützen, ja nicht einmal dazu, die vorwärts drängenden Kräfte der akademischen Jugend und breiter Schichten der Arbeiterschaft aller Altersgruppen zum Sturz des konservativ-nationalistischen Gaullismus einzusetzen. Und solange aus diesem Versagen nicht die sich aufdrängenden Lehren gezogen werden, wird sich – wie überall sonst – auch in Frankreich in irgendeiner Form das alte, lebensfeindliche Regime zu halten vermögen, bis eines Tages, sei es in einer schweren Wirtschaftskrise, sei es im Gefolge eines Krieges, der nicht sowieso alles vernichtet, eine Lage eintritt, die den Übergang in eine neue Gemeinschaftsordnung zur Lebensnotwendigkeit macht, wenn auch wohl unter Kämpfen und Krämpfen, die heute niemand wollen und gutheissen kann.

Sturmzeichen im Nahen Osten Über *Israel* liegt eine wachsend unruhevölle, fast unheimliche Gewitterstimmung. Die sich häufenden Terrorunternehmungen arabischer Freischaren lassen auf einen wohldurchdachten Plan für die Zermürbung der israelischen Widerstandskraft schliessen. Der letzte von Ägypten aus

gefährte Schlag gegen die israelischen Stellungen am Suezkanal war sogar eine unverhüllt «amtliche» Kriegshandlung Kairos und eine gewollte Herausforderung der israelischen Abwehrentschlossenheit, deren Bekundung denn auch nicht auf sich warten liess. Dabei ist aufgefallen, dass die israelische Vergeltungsaktion diesmal nicht mit Flugzeugen durchgeführt wurde, sondern mit motorisierten Bodenstreitkräften, vielleicht mit Rücksicht auf die in Ägypten stehenden sowjetischen Bombengeschwader. Gleichzeitig hat sich die arabische Widerstandsbewegung im Westteil Jordaniens weiter ausgedehnt und verschärft. Und in Ostjordanien hat, gerade während ich schreibe, eine radikal-nationalistische Bewegung zu einem Staatsstreich ausgeholt, der aber von der angeblich kompromisslerischen Regierung König Husseins offenbar schnell unterdrückt wurde.

Zu all dem kommt nun eine erhöhte Tätigkeit der *Sowjetmacht* im Nahen Osten. Moskau begnügt sich nicht mehr mit der Fortsetzung seiner Waffenlieferungen an arabische Staaten, sondern scheint bereit, irgendwie selbst gegen Israel militärisch einzugreifen. Eine sowjetische Flotte von bis jetzt 48 Kriegsschiffen aller Art, mitsamt den zugehörigen Flugzeugen, Hubschraubern, Transportschiffen usw., kreuzt im östlichen Mittelmeer und bildet bereits ein Gegengewicht gegen die berühmte Sechste Flotte der Vereinigten Staaten mit ihren sechzig Einheiten. Was für Absichten stehen hinter dieser vermehrten und gar nicht verschleierten russischen Aufmerksamkeit für die Vorgänge im Nahen Osten? Die Erinnerung an den alten russischen «Drang zu den warmen Meeren» genügt nicht mehr zur Erklärung. Vielmehr spielt die arabische Welt heute eine zunehmend wichtige Rolle in der sowjetischen Außenpolitik. Im Zusammenhang damit bemüht sich Moskau neuerdings besonders lebhaft um die Gunst Algeriens; der sowjetisch-algerische Handel zum Beispiel hat sich seit 1960 bereits verfünfacht und entwickelt sich weiter, und bis die Sowjetunion einen guten Flottenstützpunkt in Algerien bekommt, wird es kaum noch lange gehen. Hauptziel der sowjetischen Tätigkeit ist eben unzweifelhaft die wirksame Unterstützung der arabischen Regierungen in ihrem Kampf gegen Israel. In Israel selbst vermutet man weitherum, dass Moskau gedenke, sich zum Gendarmen der Vereinten Nationen zu machen, um im Sinn der bekannten Entschliessung des Sicherheitsrates, die Israel zur Räumung der im Junikrieg von 1967 besetzten Gebiete auffordert, die israelischen Streitkräfte hinter die alten Landesgrenzen zurückzutreiben und es dann den Arabern zu überlassen, Israel vollends ganz zu erledigen.

Das wäre freilich ein gewagtes Spiel. Denn die Sowjetunion kann kaum wünschen, dass der Staat Israel überhaupt ausgelöscht werde; solange er besteht, hat sie die arabischen Regierungen sicher in der Hand und kann sie für ihre eigenen Ziele einspannen, während sie Gefahr läuft, dass die Israeli einfach «ins Meer geworfen» würden, wenn die Araber nach einem begrenzten Eingreifen der Russen militärisch Sieger blieben. Wenn! Denn trotz den bedeutend günstigeren Bedingungen, unter denen die Araber in eine neue Kraftprobe mit Israel einträten, ist es alles andere als sicher, dass sie endlich ans Ziel ihrer leidenschaftlichen Wünsche kämen...

In Israel macht man sich jedenfalls auf eine solche weitere Kraftprobe in vollem Ernst gefasst. Und man weiss auch sehr gut, dass sich dann keine Hand für Israel regen würde. Man hat zwar nun von den Vereinigten Staaten so etwas wie ein Versprechen für die Lieferung modernster Kampfflugzeuge bekommen. Aber in Washington fasst man das einfach als «Er-satzhandlung» auf, die die USA der Pflicht zur politischen Unterstützung Israels im Kampf gegen die vereinten Araber und Russen entheben soll. Und die Frage ist, ob die in Aussicht stehenden «Phantom»-Maschinen noch rechtzeitig einträfen, um Israel im «nächsten Krieg» zu nützen. Wir unserseits vertrauen für Israel nicht auf «Rosse und Wagen»; unser Ceterum censeo bleibt eine Wendung von Israels Haltung gegenüber der arabischen Welt in dem Sinne, dass sich Israel in einen sozial und geistig zu erneuernden Gesamtorient eingliedert und seine eigene Sicherheit im Kampf für die Befreiung der Völker des Nahen Ostens aus ihrer – im Ganzen genommen – Elendslage und wirtschaftlich-kulturellen Rückständigkeit sucht. Die vielfachen Bemühungen der israelischen Diplomatie um ein Friedensabkommen mit den arabischen Staaten sind gut und recht; sie werden aber auch im besten Fall Israels Weiterleben nicht zu gewährleisten vermögen, solange sich Israel und die arabischen Völker nicht zur Besiegung ihres gemeinsamen Feindes zusammenfinden: der feudal-kapitalistischen Ausbeutung des Vorderen Orients, deren Nutzniesser die Unzufriedenheit der Völkermassen dauernd auf einen künstlich fabrizierten Feind abzulenken verstehen und Israel zum Spielball einer zynisch-rücksichtslosen Machtpolitik der Grossen dieser Erde herabwürdigen.

6. November

Hugo Kramer

Zweifel und Kritik

Professor Hans Küng:
«Manipulation der Wahrheit?» Nr. 1819.

Die fein geschliffenen Ausführungen von Professor Hans Küng in allen Ehren – wie gerne erinnere ich mich aber dabei an ein Wort von Leonhard Ragaz, einleuchtend, klar wie Bergwasser und herrlich frei.

«Gott ist da, wo er im Menschen erscheint, immer gleichbedeutend mit einfach menschlicher Sittlichkeit, mit Güte, Demut, Freiheit, Herzensreinheit, Vertrauen, vor allem mit Selbstverleugnung. Und umgekehrt: Wo diese da sind, da ist er, mag sein Name auch nicht genannt werden, wo sie aber nicht sind, da ist er nicht, mag auch sein Name von allen Wänden tönen.»

Ausserhalb der Kirche kein Heil? Sollte Gott nicht unendlich grossmütiger, grossartiger und allumfassender sein als unsere theologischen Maurerkünste ihn darstellen? Je herrischer und unduldsamer die Kirche sich gebärdet, umso mehr streckt sich der erwachende Mensch nach Freiheit.

E. G. Ischia. Aus «Die Weltwoche» vom 8. November 1968